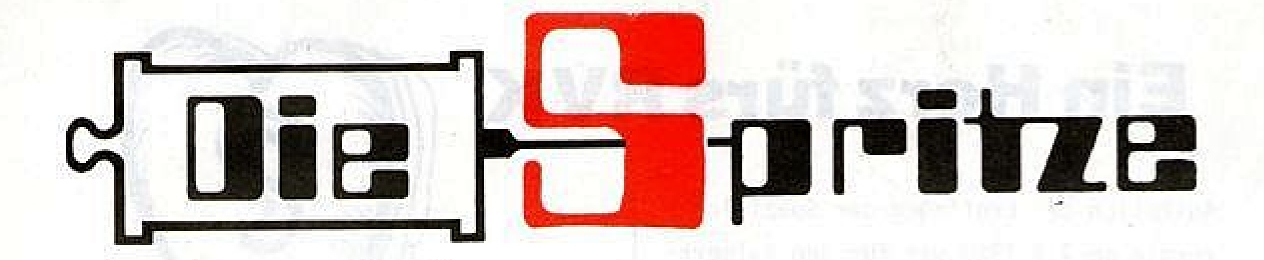


Zeitung der SEW-Betriebsgruppe RVK für die Beschäftigten des Rudolf-Virchow-Krankenhauses und der Kinderklinik Wedding

13. Jahrgang Nr. 2/1983

Heraus zum 1. Mai!

WEG MIT DEM NATO-RAKETENBESCHLUSS – FÜR DAS RECHT AUF ARBEIT!

Ein Herz fürs RVK



Anläßlich der Eröffnung der Spezialchirurgie am 4.2.1983 war für den aufmerksamen Zuhörer aus dem Munde des Gesundheitssenators Fink Interessantes zu hören." Berlin wird ein Zentrum der Gesundheit, über seine Grenzen hinaus", so formulierte er. Wird Westberlin nun neben der Stadt der Messen und Ausstellungen auch noch eine Stadt der Gesundheit? Nur weil es der Senator behauptet, wird Westberlin noch lange keine "gesunde" Stadt.

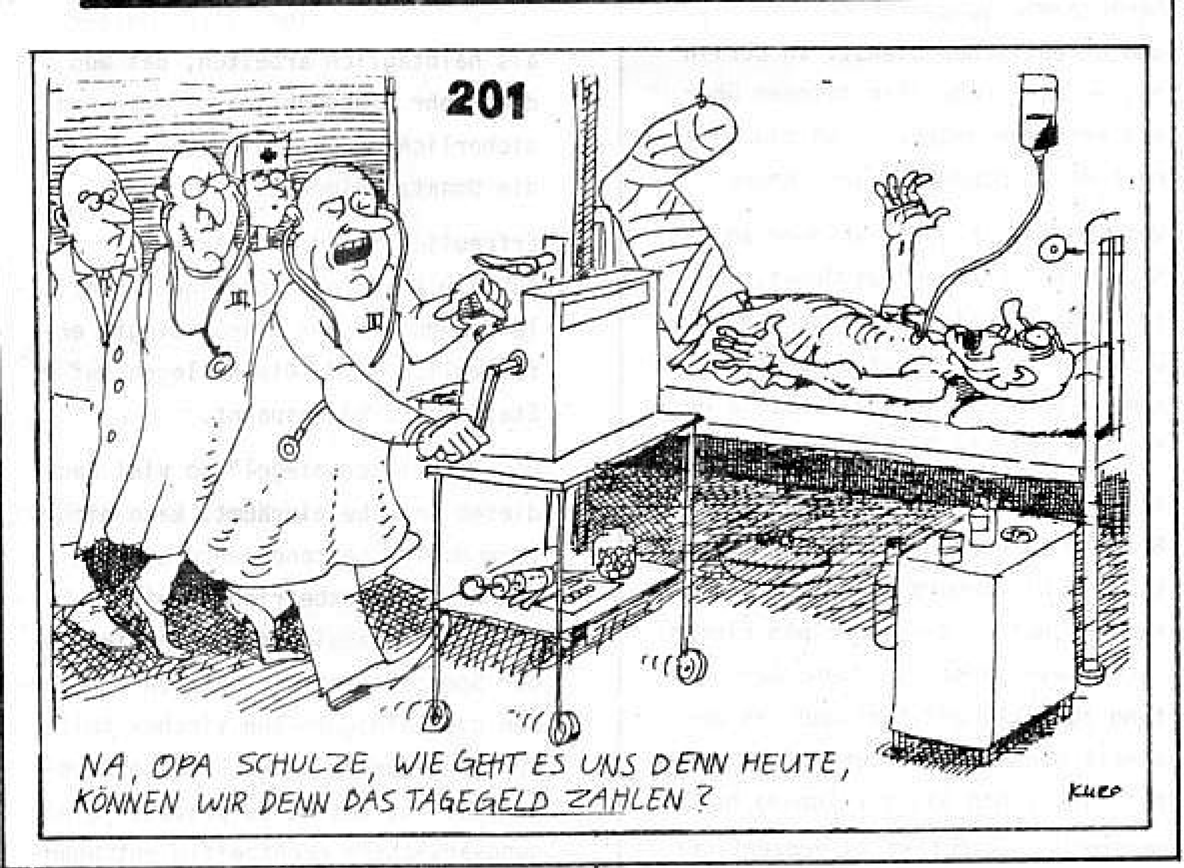
Zwei Monate später: Das Herzchirurgische Zentrum kommt ins RVK. Nach einem dichten Kopf-an-Kopf-Rennen mit dem Urban-Krankenhaus hat das Virchow den Zuschlag erhalten. Ein bis zur letzten Minute spannender Wettkampf. So oder so ähnlich konnte man es in der bürgerlichen Presse lesen. Verwaltungsleiter Neher stand auch gleich mit einem Pappmodell für die Pressefotografen bereit.

1985/86 soll die neue Abteilung bereits eröffnet werden, dort, wo bis vor kurzem die IV.Innere untergebracht war und z.Z. noch die Räume des Personalrats und der Lohn- und Gehaltsstelle liegen. Durch umfangreiche Neubau- sowie Rekonstruktionsarbeiten (die Baukosten werden auf ca. 70 Millionen veranschlagt) und totalem Umbau der vorhandenen Bausubstanz, werden die räumlichen Voraussetzungen geschaffen, um 130 Betten (davon 30 IPS), 6 Operationssäle und die notwendigen Funktions- und Nebenräume unterzubringen.

Ob dieses Zentrum eine Abteilung des RVK wird, steht allerdings noch längst nicht fest. Noch ist kein Handschlag für diese Einrichtung getan, da wird bereits öffentlich diskutiert, dieses Herzzentrum in Form einer gemeinnützigen GmbH zu eröffnen. Der Novellierungsentwurf der CDU zum Landeskrankenhausgesetz(LKG) sieht diese Form der Privatisierung ausdrücklich vor und es fällt nicht schwer, sich vorzustellen, daß so mancher Chefarzt oder Verwaltungsleiter als Geschäftsführer sich gerne ein "kleines Zubrot" verdienen würden. Als "Teilhaber" dieser gemeinnützigen GmbH wären auch Firmen der medizinisch-technischen und der pharmazeutischen Industrie gut vorstellbar. Die Gewinnausschüttung ist zwar auf 4% begrenzt, aber hier geht es ja wohl in erster Linie um direkten Einfluß auf dem Absatzmarkt Gesundheitswesen.
Der staatliche Rückzug aus der Verantwortung für das Gesundheitswesen wird damit immer deutlicher.

Das Herzzentrum soll mit einer Kapazität ausgestattet sein, die es erlaubt, nicht nur westberliner Patienten, sondern auch solche aus der BRD herzchirurgisch zu versorgen. Auf welchen Untersuchungen diese Planungen beruhen, bleibt rätselhaft, gibt es doch weder in Westberlin noch in der BRD verläßliches Zahlenmaterial in Form von Mortalitäts- bzw. Morbilitäts-Statistiken. Aufgrund internationaler Vergleichszahlen wird der Bedarf auf 500 Operationen pro 1 Million Einwohner und Jahr geschätzt. Wohlgemerkt: Geschätzt.

So stellt sich abschließend die Frage: Das Herzzentrum - ein überflüssiger Bau? Und eine weitere: Wem nützt das Herzzentrum?



GUTES GESCHÄFT

Umsatz der Gebäudereiniger stieg

Eine Branche des Handwerks, die im vergangenen Jahr trotz flauer Konjunkturlage die Zahl ihrer Betriebe erhöhen konnte, ist die der Berliner Gebäudereiniger. 1981 gehörten der Innung 52 (Vorjahr 49) Firmen an. Insgesamt stieg die Zahl der Betriebe im gleichen Zeitraum um 2 auf 86. Der Umsatz erreichte nach Auskunft des Vorstandsmitgliedes und Pressesprechers der Gebäudereinigerinnung Werner Gegenbauer 345 (319) Mill. DM. Hiervon entfielen 293 (271) Mill. DM auf die Mitglieder der Innung.

Etwa 35 Prozent der Aufträge kamen in Berlin von der öffentlichen Hand. In der Stadt sei der Anteil staatlicher Nachfrage schon immer groß gewesen. So habe es im Gegensatz zum Bundesgebiet, in dem in den siebziger Jahren „ganze Landstriche privatisiert worden seien" auch nie große Diskussionen über die Privaten gegeben, betonte Horst Markus, Obermeister der Innung.

...e. Das Service-Angebot der Betriebe reiche heute jedoch von der Fußboden- und Fensterreinigung über die Säuberung von Kaufhäusern und Industriebetrieben bis zur Reinigung von Krankenhäusern, bei der spezielle Kenntnisse der Mikrobiologie erforderlich seien.

"Etwa 35 Prozent der Aufträge in der Gebäudereinigungsbranche kommen aus dem öffentlichen Dienst. In Berlin hat es nie große Diskussionen über die Privaten gegeben". So ein Sprecher der Gebäudereiniger-Innung.

Wenn man nur an das RVK oder an das Neuköllner Krankenhaus denkt, dann ist dies richtig. Hier wurde nicht diskutiert, hier gibt es seit Jahren immer stärker werdende PROTESTE gegen die private Reinigung.

"Schwarze Schafe spielen in dieser Branche in unserer Stadt kaum eine Rolle". Die Innung kennt wohl die Machenschaften der einzelnen Firmen nicht, wie sonst ist diese Behauptung zu erklären? Aber daß das Geschäft einen schlechten Ruf hat, das hat sich schon bis zur Innung herumgesprochen. Daß fast 40 Prozent der Beschäftigten nicht sozialversicherungspflichtig sind, also weniger als halbtäglich arbeiten, das muß doch sehr nachdenklich stimmen und sicherlich erklärt sich daraus auch die Umsatzsteigerung.

Erfreulich ist die Erkenntnis, daß für die Krankenhausreinigung spezielle Kenntnisse der Mikrobiologie erforderlich sind. Die Kollegen auf den Stationen sind gespannt.

Daß der "Tagesspiegel" so viel Raum diesem Gewerbe einräumt, kann nicht verwundern, bestehen doch auch in den Krankenhausbetrieben weitere Privatisierungsabsichten. Noch wird in der Spezialchirurgie auf den Stationen die Reinigung von Virchow-Kollegen vorgenommen. Aber erhöhte Wachsamkeit ist nötig, um private Reinigungsabsichten rechtzeitig entgegentreten zu können.

„HILFSPERSONAL"

Die Ausübung der Berufe in der Krankenpflege unterliegt nur einem bedingten gesetzlichen Schutz. Lediglich die Berufsbezeichnung der Krankenschwester(-pfleger) und in der Krankenpflegehilfe sind durch das Krankenpflegegesetz geschützt. Wer also die Pflege berufsmäßig unter dieser Bezeichnung ausübt, muß eine Krankenpflegeausbildung von 3 bzw. 1 Jahr haben.

Bei Medizinern ist dies weitaus klarer, ja, eindeutig geregelt. Nach einem vorgeschriebenen Hochschulstudium und erteilter Approbation -und nur dann- darf der Arzt seinen Beruf ausüben.

In der Krankenpflege dagegen kann jeder tätig sein, ohne auch nur einen Tag "Ausbildung" nachweisen zu müssen. Diese schweren Gesetzeslücken machte sich die CDU-Fraktion in ihrem Novellierungsentwurf zum Landeskrankenhausgesetz(LKG) zu Nutze, wenn der Einsatz "ehrenamtlicher Helfer" in den Krankenhäusern von ihr vorgesehen wird. Selbst bei angenommen ausgeprägter Motivation dieser Helfer, würde das eine weitere, zudem gesetzlich geregelte, Verschlechterung der Patientenversorgung bedeuten.

Die ohnehin schon überlasteten Kollegen auf den Stationen müßten sich dann auch noch mit dem "Hilfspersonal" befassen, es anleiten und deren Arbeit beaufsichtigen. Die Zeit für die Patienten wird noch mehr gekürzt.

Gegen diese Vorstellungen der CDU-Politik muß gerade von seiten des Pflegepersonals noch weitaus massiver Position bezogen werden.

1. Mai 1983

Von Helmut Kehrer, Stellvertretender Kreisvorsitzender der SEW Wedding

Zum 50. Mal jährt sich am diesjährigen 1. Mai der Tag, an dem die Faschisten den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse für Frieden, Demokratie und Sozialismus verfälschten und zum sogenannten "Tag der Arbeit" erklärten. Einen Tag später am 2. Mai 1933 zerschlugen sie die Gewerkschaften, verhafteten und ermordeten sie zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre. Dem folgte eine Treibjagd auf Gewerkschafter und Funktionäre der KPD und SPD. Sie wurden in Zuchthäuser und Konzentrationslager gebracht und viele bestialisch umgebracht. Sich dieser aufrechten Kämpfer gegen Militarismus, Faschismus und Krieg würdig erweisen, heißt, die Lehren daraus zu ziehen und alles zu tun, daß so etwas nie wieder geschehen kann. Dazu ist notwendig, sich dafür einzusetzen und zu wirken, daß die Arbeiterklasse einheitlich gegen ihren Hauptfeind, das Großkapital und die politisch Verantwortlichen der NATO-Hochrüstung kämpft.

1983 ist ein entscheidendes Jahr.

Die Vorbereitung des 1. Mai 1983 fällt in eine Zeit, wo die Friedenskräfte große Anstrengungen unternehmen, um den Brüsseler NATO-Rakentenbeschluß, der vorsieht, noch in diesem Herbst neue amerikanische Atomraketen in Westeuropa zu stationieren, undurchführbar zu machen. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder haben zahlreiche Abrüstungsvorschläge auf der Grundlage der Gleichheit und der gleichen Sicherheit unterbreitet, die zur Begrenzung und zur Reduzierung der Rüstung führen würden. So wurde unter anderem in der Prager Deklaration des Warschauer Paktes vom Januar 1983 vorgeschlagen, ein Vertrag abzuschließen über den gegenseitigen Verzicht auf Anwendung militärischer Gewalt und über die Aufrechterhaltung friedlicher Beziehungen. Die Regierung der DDR hat in einem Brief Erich Honeckers an Helmut Kohl den Vorschlag Schwedens aufgegriffen und die Bereitschaft erklärt, das gesamte Territorium der DDR für eine von taktischen Nuklearwaffen freien Zone in Europa zur Verfügung zu stellen. Die Bonner Regierung wurde aufgefordert, die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu unterstützen.
Dieser für die Erhaltung des Friedens bedeutsame Vorschlag der DDR wurde von der Bonner Regierung abgelehnt.
Auch die anderen zahlreichen Vorschläge der Staaten des Warschauer Vertrages zur Erhaltung des Friedens und zu echten Abrüstungsschritten werden von der NATO mit scheinheiligen Argumenten abgelehnt.

Nach wie vor gibt es in den kapitalistischen Ländern starke wirtschaftliche Interessen. Die Rüstungsprofiteure wollen das Wettrüsten weiter anheizen.

Wer verdient an der Rüstung?

Es sind die gleichen Kräfte des Großkapitals, die von den Regierenden Steuerpräferenzen für Rationalisierungsmaßnahmen erhalten und aus Profitgründen Arbeitsplätze vernichten, die auch an der NATO-Hochrüstung verdienen und demzufolge kein Interesse an der Abrüstung haben. Dazu gehören Siemens und die AEG, die auch die führenden Rüstungskonzerne in der BRD sind. Das Kernstück der Umstrukturierungsmaßnahmen der AEG zum Beispiel, die schon jetzt Tausende Arbeiter und Angestellte um ihre Arbeitsplätze brachten und zur Folge hat, daß sämtliche Weddinger Produktionsstätten der AEG stillgelegt, bzw. verlagert werden sollen, war und ist die Trennung der weniger gewinnbringenden Produktion (Konsumgüter, Hausgeräte, Unterhaltungselektronik) von der profitträchtigeren (Anlagentechnik, Wehrtechnik), also eine zunehmende Konzentration auf die Rüstungsproduktion. Die Hochrüstung frißt Steuergelder, führt für die arbeitenden Menschen zur sozialen Demontage, vernichtet Arbeitsplätze und gefährdet den Frieden.

Für das Menschenrecht auf Arbeit und ein Leben in Frieden.

Der 1. Mai 1983, die gewerkschaftlichen Maidemonstrationen und die Kundgebung auf dem Reichstagsgelände müssen zu einer Manifestation für die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit und Ausbildung, gegen Arbeitsplatzvernichtung und Sozialdemontage und für ein Leben in Frieden, gegen die Stationierung von PershingII und Cruise Missiles gestaltet werden.
Deshalb gilt es, gerade den 1. Mai 1983 sorgfältig in den Gewerkschaften, in Betrieben und Insitutionen, in Mieterinitiativen und Friedensinitiativen vorzubereiten und auf eine breite Teilnahme aller Arbeiter, Angestellter, Beamter, Arbeitsloser, Jugendlicher usw. hinzuwirken und dabei auch unsere ausländischen Kollegen mit einzubeziehen.





SA besetzt am 2.Mai 1933 das Berliner Gewerkschaftshaus

Am 2. Mai 1983 jährt sich zum 50. Mal der Tag der Zerschlagung der Gewerkschaften durch die Nazis.

Walter Zisowsky, Gewerkschafter mit Leib und Seele, wie er noch heute stolz bekennt, war damals Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und für sie Bezirksverordneter im Wedding. Er erinnert sich der bitteren Tage.

"Ich war zu dieser Zeit besoldeter Sekretär im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter in der Ortsverwaltung in der Schönhauser Straße. Als vor dem 1. Mai bei einer Zusammenkunft der Kollegen der Ortsverwaltung mehrheitlich beschlossen wurde, am 1. Mai die Hakenkreuzfahne auf dem Gewerkschaftshaus zu hissen, war ich tief erschüttert. Dieses Verhalten war die Fortsetzung der "Stillhaltepolitik" der rechten Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die sogar zur Teilnahme an der Maifeier aufgerufen hatten, trotzdem sie von den Faschisten in einen "Tag der nationalen Arbeit" umgefälscht worden war.

Am 2. Mai besetzte die SA die Gewerkschaftshäuser. Gewerkschafter wurden verhaftet, verschleppt und gefoltert. Das Gewerkschaftsvermögen wurde gestohlen und die Gewerkschaften "gleichgeschaltet". In meinem Zeugnis vom Gewerkschaftsverband steht lakonisch: "Sein Ausscheiden erfolgt durch die Umstellung in der Gewerkschaftsbewegung."

Es begann eine schwere Zeit.

Ich pflegte illegale Verbindungen zu meinen Gewerkschaftsfreunden und arbeitete in einer Widerstandsgruppe von Sozialdemokraten und Kommunisten mit, die 1936 aufflog. Mit Mühe und Not entging ich der Verhaftung. Trotzdem setzte ich meine illegale Tätigkeit fort.

Im Oktober 1945 wurde ich Kreissekretär der SPD im Wedding.

Die erste und wichtigste Folgerung, die ic und mit mir viele Sozialdemokraten aus der

faschistischen Herrschaft gezogen hatten, war die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien KPD und SPD.

In den ersten Nachkriegstagen, als man von allen Seiten zurückkam in unsere Stadt, hatten wir längst angefangen uns zu verstä digen. Im Weddinger Rathausflur besprachen wir Sozialdemokraten mit den Kommunisten die dringendsten und aktuellsten Fragen. Es waren keine Grundsatzdiskussionen. Wir hatten alle genug Grundsätzliches gelernt in den Jahren zuvor.

Als die Ausschüsse der SPD und KPD zwecks Vorbereitung der Vereinigung der beiden Parteien gegründet wurden, habe ich als Kreissekretär der SPD im Wedding allen Einfluß dafür in die Waagschale geworfen.

Groß war meine Enttäuschung als die Vereinigung in den Westsektoren der Stadt vor rechtssozialdemokratischen Führern hintertrieben wurde. Ich zog ein für alle Mal einen dicken Trennungsstrich zwischen mir und denen, die die 12-jährige faschistisch Lehre nicht verstanden hatten oder nicht verstehen wollten. Ich ging den Weg der Vereinigung der SPD und KPD zur Sozialisti schen Einheitspartei.

Das Wichtigste in meinem Leben war und ist das Eintreten für die Rechte der Arbeiter. Das schönste war für mich die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien, wenn auch nur in einem Teil Deutschlands. Das Dringlichste ist gegenwärtig das gemeinsame Handeln aller arbeitenden Menschen gegen Sozialdemontage, für die Erhaltung und Sicherung des Friedens".

ALARM! KIKLI IN GEFAHR!

Die ÖTV-Betriebsgruppe schlägt Alarm: Gesamt- oder Teilverlegung oder gar Privatisierung droht der Kinderklinik Wedding.

Rund 50 Weddinger Bürger und Vertreter von Organisationen waren am 21.April der Einladung der ÖTV-Betriebsgruppe des Rudolf-Virchow-Krankenhauses und der Kinderklinik Wedding zu einem Gespräch gefolgt. Elternvertreter, Tagesmütter, Mitglieder von Einzelgewerkschaften, wie GEW und IG Chemie, Vertreter der SEW und AL teilen die Sorgen der RVK/KiKli-Beschäftigten.

Bemühungen des uneingeladen erschienenden SPD-Bezirksverordneten und Mitglied der Krankenhauskonferenz, Buske, sich als Interessenswalter der Beschäftigten und Patienten darzustellen, konnten nicht vergessen machen, daß vom CDU-Senat "Sparen" angeordnet ist, das RVK einschließlich der KiKli davon nicht ausgenommen sind und er selbst bestenfalls noch über das "Wie" nachdenkt.

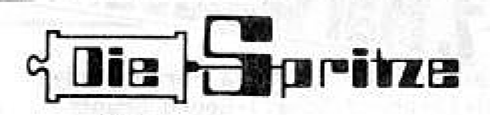
Klipp und klar sagte der Personalratsvorsitzende des RVK's, daß man von CDU, FDP und SPD tief enttäuscht ist und von deren Vertretern in der Krankenhauskonferenz, in der Bezirksverordnetenversammlung und im Senat positives nicht mehr erwartet. Gerade deshalb wende sich man nun an die Öffentlichkeit. Er verwies u.a. auf die geplante Novellierung des Landeskrankenhausgesetzes, die weiteren Verschlechterungen im Gesundheitswesen Tür und Tor öffne.

In dem regen Gespräch wandten sich die Sprecher vor allem gegen das strikte Prinzip der Wirtschaftlichkeit, das, auf das Gesundheitswesen angewandt, nicht mehr hinnehmbare Belastungen für Beschäftigte wie für Patienten bringen würde. Argumente, wie die ungenügende Auslastung der Bettenkapazität und die niedrige Verweildauer der Patienten in der KiKli sind nicht stichhaltig, wie die anwesenden Kinderärzte Dr.Kühnelt und Dr.Stück bewiesen. Jahresdurchschnittszahlen bei der Belegung sagen nichts über den starken Andrang in den Herbst- und Wintermonaten aus, zumal es eine 100%ige Belegung nicht geben kann. Zudem reißt die "Sparorgie" des Senats einen Widerspruch auf:Je besser die ärztliche und medizinische Versorgung, desto geringer die Verweildauer der kleinen Patienten. Damit sinken jedoch gleichzeitig die Einnahmen des Krankenhauses und im gleichen Maße wächst die Arbeitsplatzunsicherheit. Dabei ist, wie einige Teilnehmer an praktischen Beispielen erläuterten, die Verbesserung der Betreuung der kranken Kinder dringend notwendig. Aber wie, wenn ständig der Rotstift regiert?

Einmal mehr wurde klar, daß Beschäftigte wie Patienten gleiche Interessen haben und dies in einer angenommenen Entschließung auch zum Ausdruck kommt. Die Versammlung wendet sich

darin gegen jedwede Absicht der Senats- und Kommunalpolitiker, die Leistungen und den Bestand der Kinderklinik einzuschränken und fordern, daß endlich medizinische Gesichtspunkte und nicht bloßes Kosten-Nutzen-Denken die Oberhand gewinnen. Eine dauerhafte Lösung zum Erhalt der Kikli unter ihrem jetzigen Status und unter Einbeziehung aller bestehenden Abteilungen sei notwendig.
Die Durchsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit und der Stop aller Privatisierungspläne, so erklärte der SEW-Vertreter, müsse das gemeinsame Ziel aller sein, die auf ein gut funktionierendes und ausreichend bezuschußtes Gesundheitssystem angewiesen sind.

Die Bürgerversammlung beschloß, sich ein weiteres Mal zu treffen und einne Arbeitsgruppe zu bilden, die über Maßnahmen des Protestes beraten soll.



Herausgeber:
Sozialistische Einheitspartei Westberlins
Betriebsgruppe RVK/Kinderklinik
Weddingstr. 6, 1 Berlin 65

Telefon: 465 81 18
Postscheckkonto-Nr.: 4061 56-101
Verantwortlich:
Heinz Ehrenfeld
Druck: Eigendruck

...und abends zur

MAIVERANSTALTUNG
des Parteivorstandes der SEW



Sonntag, 1. Mai 1983
Palais am Funkturm

Beginn 19 Uhr · Einlaß 18 Uhr
Ende 1 Uhr

Kostenbeitrag 10,– DM
Es spricht:
HORST SCHMITT
Parteivorsitzender

Kulturprogramm

Informationsstände

Tanz

1. Mai '83



Demonstration:
Treffpunkt: ÖTV-Haus in der Joachimstaler Str. 20, um 9 Uhr zur

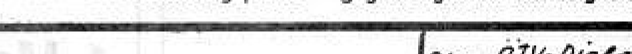
Kundgebung:
des DGB vor dem Reichstag um 11 Uhr. Es sprechen:
- Michael Pagels — Vorsitzender des DGB Berlin
- Kurt van Haaren — Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft
- Fatma Aklakayran — Betriebsrätin bei der Firma Osram

Kulturprogramm:
- Tin Pan Alley Steel Band
- Das Bügelbrett (Kabarett)
- Floh de Cologne (Rock)

Mai-Fest:
- Informationsstände der Gewerkschaften
- Biergärten
- Folklore
- Platzkonzert
- Kinderspielplatz
- Essen und Trinken
- Chor der Gewerkschafter

Wir demonstrieren

- **Für kürzere Arbeitszeit — gegen Arbeitslosigkeit.**
- **Für mehr Lohn und Gehalt — gegen Reallohnabbau.**
- **Für konsequente Friedenspolitik — gegen neue Raketen.**
- **Für sichere Arbeitsplätze — gegen Arbeitsplatzabbau.**
- **Für den Sozialstaat — gegen Rentenkürzungen.**
- **Für internationale Solidarität — gegen Ausländerfeindlichkeit.**
- **Für mehr Ausbildungsplätze — gegen Jugendarbeitslosigkeit.**





FRIEDENSWOCHENENDE 7./8. MAI 1983



Veranstalter: Künstler für den Frieden, Sportler für den Frieden, Landesjugendring

7. Mai Waldbühne

Bachorchester des Gewandhauses zu Leipzig · Georg Danzer · Extrabreit · Maria Farantouri · Friedensorchester und Chor · Peter Maffay · Nana Moskouri · Ekkehard Schall · Georg Gruntz · u.a.

8. Mai Demonstration 12.00 Uhr Fehrbelliner Platz

anschließend **Friedensstadt** um den Steinplatz

Großes Fest mit Friedensmarkt · Kostenlose Darbietungen auf **8 Bühnen** drinnen und draußen

Wir demonstrieren gemeinsam am 7./8. Mai

● Gegen NATO-„Nach"rüstung ● Für Abrüstung in West und Ost ● Für atomwaffenfreie Zonen in Europa als wichtigen Schritt für eine atomwaffenfrei Welt ● Für Kürzung der Militärausgaben und Stop der Waffenexporte ● Für das Verbot aller faschistischen und Neonazi-Gruppen, gegen den Abbau demokratischer Rechte und gegen Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit ● Gegen Rüstungswahnsinn und Sozialdemontage – für das Recht auf Arbeit.